



WAHLPROGRAMMCHECK

ALTERSVORSORGE

Am 23. Februar 2025 ist Bundestagswahl. In unserer Reihe "Wahlprogrammcheck" schauen wir uns die Programme zu den für uns relevanten Themen Steuern, Altersvorsorge und Wettbewerbsfähigkeit an. Hier zum wichtigen Thema Altersvorsorge.

Problem

Die gesetzliche Rentenversicherung stößt an seine Grenzen und ist von immer höheren Steuerzuschüssen aus dem Bundeshaushalt abhängig. Das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung reicht für die Finanzierung eines sorgenfreien Ruhestandes nicht aus.

Die betriebliche Altersversorgung kann diese Rentenlücke nicht ausreichend schließen. Vergangene Bemühungen, die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland zu erhöhen, hatten keinen Erfolg. Das Sozialpartnermodell leidet unter geringer Akzeptanz bei Gewerkschaften, unter anderem aufgrund einer falschen Einschätzung des Kapitalmarktrisikos bei Wegfall der Beitragsgarantie und vorhandener Verwaltungskomplexität.

Die private Altersvorsorge wartet seit mehr als zehn Jahren auf eine zukunftsgerichtete Reform. Beitragsgarantien schmälern die Renditechancen, der Zwang zur Verrentung ist teuer. Diese Eintrittshürden machen die geförderte private Altersvorsorge vor allem für junge Sparer unattraktiv.

Durch den plötzlichen Bruch der Regierung sind Reformen ausgeblieben und die Altersvorsorge bleibt

eines der zentralen Themen im Wettlauf um die Gunst der Wähler.

Was planen die Parteien?

Die Wahlprogramme machen deutlich, dass die Fragen um die Alterssicherung ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal im politischen Wettbewerb sind. Obwohl alle politischen Akteure bei der Erreichung ihrer Ziele vage bleiben, liegen die umrissenen Reformvorschläge weit auseinander. Einigkeit herrscht ausschließlich beim Regelintrittsalter. Daran halten alle Parteien fest. Für diejenigen, die freiwillig länger arbeiten möchten, sollen nach CDU/CSU, FDP, Grüne und AfD künftig attraktivere Bedingungen entstehen.

Bis auf die CDU/CSU haben die Parteien Vorschläge, die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken. Die Linke will ein höheres Rentenniveau durchsetzen. SPD, Grüne, AfD und BSW wollen mehr Erwerbstätige in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Die AfD fordert höhere Steuerzuschüsse. Grüne, SPD, BSW und Linke wollen darüber hinaus die Einführung einer Bürgerversicherung, die AfD eine Erwerbstätigenversicherung. FDP und Grüne sprechen sich für eine Kapitaldeckung in der ersten Säule aus, wobei die FDP einen kleinen Teil der Rentenbeiträge, die Grünen hingegen Darlehen nutzen wollen.

Die Grünen planen einen staatlich verwalteten Bürgerfonds. Er soll Aufgaben in allen drei Säulen der Alterssicherung übernehmen. In der gesetzlichen

Rentenversicherung dient er dem Einstieg in die Kapitaldeckung. Der betrieblichen und privaten Altersvorsorge soll er ebenso offenstehen.

CDU/CSU und SPD wollen, dass mehr Menschen die betriebliche Altersvorsorge nutzen. Für diesen Zweck soll die Geringverdienerförderung ausgeweitet werden. Die SPD will zudem über tarifvertragliche Vereinbarungen Angebote ohne Garantien und mit höherer Renditeerwartung stärker verbreitern.

Im Bereich der privaten Altersvorsorge setzt sich die FDP weiterhin für die Einführung eines Altersvorsorgedepots ein, und die AfD möchte steuerfreie Rentenkonten einführen. Die Grünen wollen, wie oben beschrieben, den Bürgerfonds auch auf die private Altersvorsorge ausweiten. Die anderen Parteien äussern sich zu privaten Altersvorsorgekonzepten hingegen zurückhaltend. Die SPD betont lediglich, dass nur transparente Produkte mit Kostendeckel staatliche Förderung erhalten sollen. SPD und Grüne sagen, dass eine Förderung nur kleinen und mittleren Einkommensbeziehern zugute kommen soll. CDU/CSU und FDP setzen sich für privatwirtschaftlich organisierte Produkte ein, ohne diese näher zu beschreiben. CDU/CSU schlagen zudem mit der staatlich finanzierten Frühstart-Rente für Kinder eine bisher nicht diskutierte Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge vor. Ähnliche Pläne hat auch die AfD mit ihrer Willkommensprämie für Neugeborene.

Bewertung

Obwohl die Altersvorsorge eine zentrale Rolle in allen Wahlprogrammen einnimmt, bleibt der Reformwille der Parteien hinter unseren Erwartungen zurück. In der ersten Säule fehlt es an glaubwürdigen Lösungsansätzen, wie die Politik die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung nachhaltig stabilisieren will. Unabhängig vom Wahlergebnis scheint eine grundlegende Reform des Umlageverfahrens unwahrscheinlich.

In der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge schlagen die Parteien sehr unterschiedliche und sich teilweise ausschließende Ansätze dafür vor. Diese inhaltlich zusammenzuführen, wird eine große Herausforderung für die möglichen Regierungskonstellationen darstellen.

Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsfondslösungen sind ein Irrweg. Solche Lösungswege sind mit der Sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

Forderung an den Koalitionsvertrag

Mit dem Kollaps der Ampel-Koalition ist die Reform der privaten Altersvorsorge vorerst gescheitert. Die Reformpläne, die Fonds als zentralen Baustein in der staatlich geförderten Altersvorsorge ohne gesetzlichen Zwang zu Garantien und Verrentung vorsehen und Sparern höhere Renditechancen und Flexibilität bieten, weisen in die richtige Richtung. Wir setzen uns dafür ein, dass die neue Regierung daran anknüpft und Deutschland in der Altersvorsorge endlich zu internationalen Vorbildern wie den USA, Schweden oder Frankreich aufschließt.

Das Sozialpartnermodell in der zweiten Säule geht zwar von seiner Grundidee her in die richtige Richtung, ist aber bisher erfolglos. Wir fordern, dass Arbeitgeber auch ohne tarifvertragliche Vereinbarung reine Beitragszusagen anbieten dürfen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung muss eine tragfähige Lösung zur Finanzierung gefunden werden. Eine kapitalgedeckte Komponente könnten die steuerfinanzierten Bundeszuschüsse verringern und das System langfristig stabilisieren.

Die Reformen müssen umgehend angegangen werden. Die Lösungen sind ausdiskutiert und liegen auf dem Tisch. Eine weitere Legislaturperiode mit langwierigen, parteitaktischen Abstimmungsprozessen vergeudet nur Zeit auf Kosten der Menschen und ihrer Altersvorsorge.

BVI-Forderungen:

- Wegfall des gesetzlichen Zwangs zu Garantien und lebenslanger Verrentung in der privaten Altersvorsorge.
- Arbeitgebern auch ohne tarifvertragliche Vereinbarung ermöglichen, reine Beitragszusagen in der betrieblichen Altersvorsorge anzubieten.
- Die gesetzliche Rentenversicherung um eine kapitalgedeckte Komponente ergänzen.